

Anfänge: Interessenpolitik für Gärtner, Land-, Forst- und Weinbergarbeiter (1889-1913)

- (1) *Erste Schritte gewerkschaftlicher Selbsthilfe
im Agrarbereich: die Gärtner und ihre Gewerkschaften
im Kaiserreich*
- (2) *Im Niemandsland der Arbeiterbewegung?
Der „Deutsche Landarbeiter-Verband“ und der
„Zentralverband der Landarbeiter“*

2



Anfänge: Interessenpolitik für Gärtner, Land-, Forst- und Weinbergarbeiter (1889-1913)

(1) Erste Schritte gewerkschaftlicher Selbsthilfe im Agrarbereich: die Gärtner und ihre Gewerkschaften im Kaiserreich

Die ersten gewerkschaftlichen Regungen im Agrarbereich gingen jedoch nicht von den eigentlichen Landarbeitern, sondern von den Gärtnern und Gartenarbeitern aus (unter Einschluss der Blumen- und Kranzbinder, die im Folgenden immer mitgemeint sind).²⁷ Dabei blieb lange Zeit unklar, ob der Gartenbau überhaupt als ein Teil der Landwirtschaft oder als ein Gewerbe anzusehen sei. Angesichts des repressiven Arbeitsrechtes auf dem Land forderten die Gartenarbeiter und ihre Gewerkschaften die Unterstellung des Gärtnereiwesens unter die Gewerbeordnung,²⁸ während die Arbeitgeber, die lange noch unter dem pompösen Begriff der „Prinzipale“ in Erscheinung traten, den Anschluss an die Landwirtschaftskammern, wenn nicht gar die Unterstellung der abhängig beschäftigten Gärtner unter die Gesindeordnung wünschten. Die Frage blieb lange in der Schwebe. Unter veränderten Bedingungen wurde das Gärtnereiwesen dann im Verlauf der Weimarer Republik in die Landwirtschaftskammern integriert. Rein zahlenmäßig war der Kreis der Beschäftigten der Branche natürlich recht überschaubar. Aber immerhin wurden 1906 in Preußen 26.638 gelernte und 3.033 „ungelernte Gehülfen“ sowie 60.187 nicht ausgebildete Arbeiter in den Gärtnereien gezählt, die sich auf nicht weniger als 33.000 Betriebe verteilten.²⁹ Reichsweit dürfte es damals rund 140.000 abhängig Beschäftigte im Gartenbau gegeben haben.

Erste Vorläuferorganisationen

Schon in den 1860er-Jahren kam es in mehreren Städten zur Gründung von Gärtnervereinen. Sie vereinigten Prinzipale und Gehilfen und dienten der Geselligkeit und dem fachlichen Austausch. 1873 schlossen sich die meisten dieser Organisationen zum „deutschen Gärtnerverband“ zusammen, der 1885 rund 4.000 Mitglieder hatte und über eine eigene Krankenkasse verfügte. 1860 gründeten in Hamburg einige Gärtnergehilfen den Verein „Horticultur“, zunächst ebenfalls aus Gründen der Geselligkeit und ohne politische Ambitionen. Die Gärtner erhielten in der Hansestadt, einer Hochburg der frühen Gewerkschaftsbewegung, Mitte der 1860er zwei bis fünf (Hamburger) Mark bei freier Kost und Logis, ohne Kost und Logis zwischen sieben und zwölf Mark Wochenlohn bei einer Arbeitszeit von fünf Uhr morgens bis zum Anbruch der Dunkelheit an sechs Tagen in der Woche. Als Hamburg dann 1865 von einer Welle von Arbeitsniederlegungen für höhere Löhne erfasst wurde, wandte sich auch der Gärtnerverein Horticultur mit der Forderung an die Prinzipale, den Mindestlohn auf sechs Mark bei Kost und Logis und auf zwölf Mark ohne dieses zu erhöhen. Zwar kam es schließlich nicht zum Streik (für den Horticultur mit seinen kaum mehr als 100 Mitgliedern auch kaum gerüstet gewesen wäre), doch markiert das Jahr 1865 den ersten Anlauf der Gartenarbeiter zu gewerkschaftlicher Selbsthilfe – auch wenn dies den damaligen Protagonisten vielleicht nicht einmal klar gewesen ist.

²⁷Die Gärtner und ihre Verbände haben bisher noch nicht das Interesse der Geschichtswissenschaft gefunden. Nur wenige Hinweise finden sich in der 1959 erschienenen Festschrift der GGLF (Hg.), *Eine Chronik der Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft und ihrer Vorläufer. 1909-1959, 50 Jahre Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande*, Hannoversch Münden 1959, S. 43-46; folgende zeitgenössische Darstellungen sind aufschlussreich: Otto Albrecht, *Die Gärtnerbewegung. Kurzer Geschichtsabriss*, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein (AdGV), Hauptvorstand, Berlin 1912; AdGV (Hg.), *Zur Lage der Gärtnerei-Arbeitnehmer in Deutschland*; bearb. von Michael Holzapfel, Berlin, 1912; *Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter (VdGG)*, Verw. Groß-Berlin: *25 Jahre freigewerkschaftliche Gärtnerbewegung in Berlin, 1903-1928*, Berlin 1929 sowie Wilhelm Kulemann, *Die Berufsvereine*, Bd. 3, Jena 1911, S. 405-410.

²⁸Vgl. VdGG, (Hg.), *Auszug aus dem Statut des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter*, Berlin 1919, S. 3, § 2e).

²⁹Angabe nach Kulemann, *Berufsvereine*, Bd. 3., S. 406.

Der zweite Impuls in diese Richtung ging von Berlin aus. Hier kam es 1870/71 zur Gründung eines explizit gewerkschaftlich ausgerichteten Ortsvereins der Gärtner, der sich anscheinend an den Hirsch-Dunckerschen Gewerkevereinen orientierte und der schnell einen Forderungskatalog an die örtlichen Arbeitgeber ausarbeitete. Im Einzelnen „wünschten“ die Gärtner „eine Lohnerhöhung und zwar derart, dass der Mann täglich 1 Thaler 10 Silbergroschen oder bei freier Station monatlich 10 Thaler als Minimum erhält“, eine „Verkürzung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden täglich“ und schließlich „eine größere Respektierung des Gehilfenstandes, so dass z. B. die Gehilfen nicht mehr mit dem Vornamen, sondern mit dem Vaternamen genannt zu werden wünschen.“³⁰

Da sich die Arbeitgeber nicht dazu herabließen, mit dem Berliner Verein in Verhandlungen über die Wünsche der Gehilfen einzutreten, fasste dieser im April 1873 in „einer große[n] öffentliche[n] Versammlung“ den verwegenen Beschluss zum Generalstreik aller Gartenarbeiter Berlins. Dies musste angesichts der organisatorischen Schwäche des Berliner Vereins und der Unerfahrenheit der Mitglieder scheitern, und tatsächlich endete das ganze Unternehmen in einer vollständigen Niederlage. Die Polizei trug das Ihre dazu bei, indem sie die drei Anführer des Streiks verhaftete. Nach diesem Misserfolg scheinen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Gärtner wieder versandet zu sein. Ab 1878/79 erschwerte dann das Sozialistengesetz jede Form gewerkschaftlicher Betätigung.

Dennoch wurden noch vor dem Auslaufen der Sozialistengesetze 1887 erneut in Hamburg-Altona und in den beiden folgenden Jahren in Berlin und anderen Städten unter dem Namen „Vereine zur Hebung des Gärtnerstandes“ Gehilfenorganisationen begründet, die sich „auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung stellten“ und die auf einem am 9. und 10. Juni 1889 in Hamburg abgehaltenen „Kongresse der deutschen Gärtnergehilfen“ den „Zentralverein der deutschen Gärtner“ ins Leben riefen. Der neue Verband nahm im folgenden Jahr an der Bildung der Generalkommission als Dachorganisation der freien Gewerkschaften teil, die am 16. und 17. November 1890 in Berlin beschlossen wurde. Treibende Kraft bei der Gründung der Gärtnergewerkschaft war der 1889 erst 25-jährige Paul Ising. Er war 1864 als Sohn eines Redakteurs der örtlichen Zentrums-Zeitung in Hattingen geboren worden, zog 1887 nach einigen Wanderjahren als Gärtnergehilfe nach Hamburg und sollte die freie Gärtnergewerkschaft in den ersten Jahren ihres Bestehens entscheidend prägen.³¹ 1892 übernahm er den Vorsitz des „Zentralvereins“ bis zu seinem frühen Tod nur zwei Jahre später. Schon am 5. Januar 1889 war erstmals die „Deutsche Gärtner-Gehilfen Zeitung. Organ für die Interessen der deutschen Gärtner und ihrer freien Vereinigungen“, mit Paul Maetzke, ebenfalls einem gelernten Gärtner, als verantwortlichem Redakteur erschienen.³² Bereits im Frühjahr 1890 wagte der Zentralverein unter Führung Isings und Maetzkes einen Arbeitskampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten, der neben der Hansestadt auch Berlin und Dresden erfasste. Freilich scheiterte auch dieser Streik, und das Hamburger Landgericht verurteilte Ising wegen „Aufreizung“ zu einer einwöchigen Gefängnisstrafe. Der missglückte Streik hatte für die junge Gewerkschaft fatale Auswirkungen, die sie an den Rand der Auflösung brachten. Die ohnehin schmale Mitgliederbasis von rund 1.000 im Gründungsjahr reduzierte sich bis 1894 auf nur noch 400 (und bis 1900 auf gerade noch 250 fast ausschließlich Hamburger Mit-

*„Zentralverein
der deutschen
Gärtner“*

³⁰Zitate nach Albrecht, *Geschichtsabriss*, S. 26.

³¹Vgl. Rüdiger Zimmermann, *Biographisches Lexikon der ÖTV und ihrer Vorläuferorganisationen*, Artikel: „Paul Ising“, herausgegeben von der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1998. Dieser Text liegt nur in digitaler Fassung vor: <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205toc.htm>

³²Vgl. Artikel: „Paul Maetzke“, in: ebenda.

„Allgemeiner
deutscher
Gärtnerverein“

glieder); die Gärtner-Gehülfen-Zeitung, seit 1892 von Ising im Alleingang herausgegeben, musste 1894 eingestellt werden. Dessen Freitod im selben Jahr warf einen tiefen Schatten auf die freigewerkschaftliche Gärtnerbewegung.

Die Krisenerscheinungen innerhalb der organisierten Gärtnerschaft beschränkten sich allerdings keineswegs auf die kleine freie Gewerkschaft der Gärtner. Innerhalb des älteren „deutschen Gärtnerverbandes“ nahmen die Reibungen zwischen Gehilfen und Prinzipalen zu, mit dem Ergebnis, „dass der damalige Geschäftsführer des Verbandes zurücktrat, wobei er das Verbandsvermögen von 8.000 Mark in Händen behielt.“³³ Dies führte in einer Generalversammlung in Bonn zur Selbstauflösung des Verbandes und zur Neugründung eines „Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins“ (AdGV) zum 1. Januar 1891. Auch wenn der AdGV zunächst auch weiterhin ein einvernehmliches Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen zu fördern dachte: Die Konfliktlinien zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern traten immer deutlicher hervor. Trotz fortlaufender Auseinandersetzungen mit dem gewerkschaftlichen Zentralverein mehrten sich in den angeschlossenen Ortsvereinen die Stimmen, die nach einer Bündelung der Kräfte und dem Zusammengehen beider Organisationen riefen. Die angestrebte Verschmelzung scheiterte in den 1890er-Jahren allerdings noch an der Frage der Haltung zur Generalkommission. Auch weigerte sich der AdGV zu dieser Zeit noch, außer (gelernten) Gärtnern auch Ungelernte aufzunehmen. Dennoch gewann innerhalb des Verbandes die gewerkschaftliche Richtung um Jakob Löcher und Otto Albrecht immer mehr an Gewicht. Als im Frühjahr 1903 die Berliner Landschaftsgärtner in einen Streik um höhere Löhne eintraten, der von März bis April dauerte und die Mittel der Organisation vollständig erschöpfte, zeigte sich der Wert eines Anschlusses an eine durchsetzungsfähige Organisation besonders deutlich. Schließlich gewannen diejenigen die Oberhand, die den Anschluss an die Generalkommission der Gewerkschaften und gleichzeitig die Vereinigung mit der freigewerkschaftlichen „Deutschen Gärtner-Vereinigung“ empfahlen (der „Zentralverein“ hatte sich 1897 diesen neuen Namen gegeben). Eine Urabstimmung erbrachte im Oktober 1903 die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Fusion und den Anschluss an die Generalkommission. Auf einer Einigungskonferenz der Vorstände am 9. Januar 1904 wurde Löcher zum kommissarischen unbesoldeten Vorsitzenden gewählt, ihm folgten 1907 Georg Schmidt (der 1909 Gründungsvorsitzender des Deutschen Landarbeiter-Verbandes werden sollte) und ab 1909 Josef Busch, der dieses Amt bis zum Jahr 1930 innehaben sollte. Die Organisation behielt weiterhin den Namen „Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein“ mit Sitz in Berlin und als Verbandsorgan die „Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung“; auch ungelernten Arbeitern stand der Beitritt nunmehr offen. Sie zählte zu Löchers Amtsantritt 3.144 Mitglieder, drei Jahre später waren es 4.739 und 1912 schon 9.800.³⁴

Mit der Fusion und dem Anschluss an die Generalkommission waren endlich die Voraussetzungen für eine effektive Vertretung der Interessen der abhängig beschäftigten Gärtner gegeben. Neben einer Krankenversicherung verfügte der Verband über eine Stellenvermittlung, eine Reise-, Arbeitslosen-, Umzugs-, Streik- und Gemaßregeltenunderstützung.³⁵ In den folgenden Jahren gelang in

³³Kulemann, *Berufsvereine*, Bd. 3., S. 406.

³⁴Angaben nach ebd., Bd. 3., S. 408; Artikel: „Jakob Löcher“: in: Zimmermann.

³⁵Vgl. AdGV (Hg.), *Statut des Allgemeinen Gärtner-Vereins*, Berlin 1905.

Berlin mit einzelnen Firmen der Abschluss erster Tarifverträge, die immerhin eine punktuelle Absenkung der Arbeitszeiten auf zehneinhalb Stunden im Sommer und zehn Stunden im Winter sowie einen wöchentlichen Mindestlohn von 25 Mark festlegten.³⁶ Zugleich versuchte der AdGV durch zahlreiche Broschüren, Eingaben und Denkschriften, die soziale Lage der Gärtner in Deutschland zu dokumentieren, auf eine Verbesserung ihrer Situation hinzuwirken und die immer noch ungeklärte Stellung der Gärtner durch ihre Unterstellung unter die Gewerbeordnung zu verbessern. Ein weiteres Hauptziel war, neben einer besseren Entlohnung und einer Verkürzung der immer noch überlangen Arbeitszeiten, die Abschaffung des als besonders unbillig angesehenen Kost- und-Logis-Zwangs zugunsten eines reinen Barlohns.

Prinzipiell ähnliche Forderungen vertrat auch die kleine Gewerkschaft der christlichen Gärtner. Sie hatte sich am 1. November 1903 als „Deutscher Gärtnerverband“ gegründet und ging aus der Minderheit im AdGV um den ehemaligen Geschäftsführer Franz Behrens hervor, die sich nicht den freien Gewerkschaften anschließen wollte. Im Januar 1906 trat der Verband nach einer kurzen Phase der „Überparteilichkeit“ dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften bei; auf dem 1. Verbandstag vom 11. bis 13. September 1910 gab er sich eine moderne gewerkschaftliche Verfassung und richtete eine Streikkasse ein. Vorsitzender wurde John-Hinrich Bannier, der den Verband auf einen kämpferischen Kurs einzuschwören suchte und die Aufnahme Ungelernter durchsetzte. Trotzdem erzielte der Verband nur sehr bescheidene Organisationserfolge, die Mitgliedszahl konnte bis 1914 die 1.000er-Marke nicht überschreiten. Als Konsequenz dieser Entwicklung gaben die christlichen Gärtner 1916 ihre organisatorische Eigenständigkeit auf und schlossen sich 1916 dem mittlerweile gegründeten Verband der christlichen Landarbeiter an, von dem sie sich indes im Mai 1925 wieder lösen sollten.³⁷

Christliche Gärtner-Gewerk- schafter



media TUM, TU München, Estler

Insgesamt blieb die Gärtnerbewegung im Kaiserreich (und darüber hinaus) freigewerkschaftlich geprägt, die Führungsrolle lag eindeutig beim AdGV. Für die freien Gewerkschaften musste es nun darum gehen, endlich auch im brachliegenden Reservoir der Landarbeiter Flagge zu zeigen.

³⁶Vgl. VdGG (Hg.), 25 Jahre, S. 10.

³⁷Vgl. Kulemann, Berufsvereine, Bd. 3., S. 409 f.; Zimmermann, Biographisches Lexikon, Artikel: „John-Hinrich Bannier“.

(2) *Im Niemandsland der Arbeiterbewegung? Der „Deutsche Landarbeiter-Verband“ und der „Zentralverband der Landarbeiter“*

Den ländlichen Arbeitnehmern wurde der Zusammenschluss in wirtschaftlichen Vereinigungen, wie oben geschildert, besonders schwer gemacht. Dennoch finden sich noch vor der Wende zum 20. Jahrhundert erste Versuche von Land- und Forstarbeitern, ihre Interessen auf gewerkschaftlicher Basis zu vertreten.³⁸

Erste Organisationsversuche

Im Spätsommer 1890 gründeten ungelernte Arbeiter auf einem „Kongress aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands“ in Hannover den freigewerkschaftlichen „Verband der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands“. Er sollte laut Statut alle Arbeiter aufnehmen, „welche kein bestimmtes Handwerk betreiben sowie alle gewerblichen Arbeiter, denen es durch die Lage der örtlichen Verhältnisse nicht ermöglicht ist, sich ihren Berufsorganisationen anzuschließen.“³⁹ Organisationserfolge unter den Landarbeitern blieben in der Folgezeit allerdings weitgehend aus. Die Verbandsarbeit konzentrierte sich auf die aufkommenden Industriezweige, in denen überwiegend Ungelernte arbeiteten. 1907 umfasste der Verband mit seinen rund 150.000 Mitgliedern nur wenige Hundert Landarbeiter zumeist aus dem Umfeld der Städte. Zu einer planmäßigen Agitation auf dem Land fehlten die organisatorischen und finanziellen Ressourcen.

Auch die christliche Arbeitnehmerbewegung auf dem Land lässt sich bis in die 1890er-Jahre zurückverfolgen. Dem damals in Bayern entstandenen Verein „Arbeiterschutz“ gehörten vereinzelt auch Forstarbeiter an. Der 1900 in München gegründete „Christlich-soziale Verband der nichtgewerblichen Arbeiter“ konnte unter den zumeist staatlichen Forstarbeitern Bayerns erste Erfolge erzielen. 1902 verlegte er seinen Verbandssitz nach Aschaffenburg und nannte sich nun „Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstigen Industriearbeiter Deutschlands“. Trotz dieser höchst umständlichen Bezeichnung gelang es der Organisation in den folgenden Jahren, „eine größere Anzahl Forstarbeiter“ und auch „einige Landarbeiter“ Süd- und Mitteldeutschlands zu organisieren und vereinzelt auch Tarifverträge mit den Forstverwaltungen auszuhandeln, die freilich nur einer sehr geringen Anzahl von Arbeitern zugutekamen.⁴⁰

Otto Braun

Um die Wende zum 20. Jahrhundert führte die anhaltende Erfolglosigkeit der Gewerkschaften auf dem Land im Lager der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu erneuten Organisationsinitiativen. Sie gingen maßgeblich von Otto Braun aus, dem späteren langjährigen preußischen Ministerpräsidenten. Braun forderte 1901 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des SPD-Bezirks Ostpreußen die Generalkommission zum Aufbau eines eigenständigen Landarbeiterverbandes auf und empfahl, dessen Tätigkeit auf das Unterstützungswesen sowie den Rechtsschutz zu konzentrieren, um so die geltenden Streikverbotsklauseln zu unterlaufen.⁴¹

³⁸Siehe zum Folgenden insbes. Jens Flemming, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925*, Bonn 1978; ders.: *Landarbeiter zwischen Gewerkschaften und „Werksgemeinschaft“*. Zum Verhältnis von Agrarunternehmen und Landarbeiterbewegung im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: *AfS* 14, 1974, S. 351-418; Klaus Saul, *Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung*, in: *AfS* 15 (1975), S. 163-208; Martin Schumacher, *Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923*, Düsseldorf 1978 sowie die folgenden beiden Arbeiten aus zeitgenössischer Perspektive: Heinz Scheller, *Die Landarbeitergewerkschaften und ihre Aufgaben*, Marburg 1921; Franz Hering, *Die Gewerkschaftsbildung in der deutschen Landwirtschaft*, Kiel 1929.

³⁹Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands (Hg.), *Statut* 1906, S. 6, § 3.

⁴⁰Vgl. Franz Behrens, *Reichsverband der ländlichen Arbeiter*, in: Ludwig Heyde (Hg.), *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 2, S. 1317, Berlin 1932.

⁴¹Abgedruckt in: *Der Landarbeiter*, 1932, S. 19 (zum 60. Geburtstag Otto Brauns).

Allerdings bedurfte es zur Umsetzung seiner Vorstellungen noch langwieriger Beratungen innerhalb der Generalkommission. Begünstigt wurden Brauns Pläne dann durch eine Abmilderung der gesetzlichen Beschränkungen, die einer gewerkschaftlichen Betätigung auf dem Land immer noch entgegenstanden, durch das am 19. April 1908 verabschiedete Reichsvereinsgesetz.⁴² Es erschwerte das befürchtete Verbot einer Gewerkschaft auf dem Land als politische Vereinigung; im Übrigen gestand es erstmals auch den Frauen den Beitritt zu politischen Vereinen zu, darin lag seine eigentliche epochale Bedeutung. Im Juni desselben Jahres billigte der Hamburger Kongress der freien Gewerkschaften auf Antrag Legiens die Gründung einer eigenständigen Landarbeitergewerkschaft.

Schließlich lud mit Schreiben vom 4. Februar 1909 die Generalkommission „in Einvernehmen mit dem Parteivorstand [der SPD]“ sechzig Vertreter der Landarbeiter, der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zu einer Konferenz „zwecks endgültiger Beschlussfassung über die Gründung eines Verbandes“ ins Gewerkschaftshaus am Berliner Engelufer ein.⁴³ Hier erfolgte am 21. und 22. Februar die Gründung des „Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands“, der sich dann ab 1913 „Deutscher Landarbeiter-Verband“ (DLV) nannte. Als Vorsitzender der Generalkommission leitete Carl Legien gemeinsam mit Friedrich Ebert (als Vertreter des SPD-Parteivorstands) die Sitzung, in deren Verlauf ein Verbandsstatut verabschiedet wurde. Entsprechend den Vorstellungen Brauns war in diesem zunächst eine Rechtsschutz-, Umzugs- und Sterbegeldunterstützung verankert. Die Beitragszahlungen (von 10 bis 25 Pfennig in der Woche) sollten sehr niedrig sein und den schlechten Einkommensverhältnissen der Landarbeiter Rechnung tragen. Als Verbandszweck gab die Satzung „die allseitige Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder“ an.⁴⁴ Die Versammelten bestimmten Berlin zum Sitz der Organisation und beschlossen die baldige Herausgabe einer Zeitung. Im Juli 1909 erschien dann erstmals „Der Landarbeiter“ unter der Redaktion von Fritz Faaß mit einer Startauflage von 55.000 Exemplaren (1920 löste ihn Walter Kwasnik in dieser Funktion ab); in den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs erschienen jeweils rund 25.000 Exemplare.

Deutscher Landarbeiter- Verband

Zum hauptamtlichen ersten Vorsitzenden wählten die Konferenzteilnehmer den aus Biebrich bei Wiesbaden stammenden gelernten Gärtner Georg Schmidt, der zuvor den AdGV geleitet hatte. Schmidt avancierte in den folgenden Jahren zu der maßgeblichen Führungspersönlichkeit der freigewerkschaftlichen deutschen Landarbeiterbewegung. Auf der ersten Generalversammlung des DLV einstimmig im Vorsitz bestätigt, führte er den Verband bis zu dessen Auflösung im Mai 1933. Von 1919 bis 1931 vertrat er die Interessen des DLV zudem als ehrenamtliches Mitglied im Bundesvorstand des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB), dem Nachfolger der Generalkommission. Von 1919 bis 1921 gehörte der Sozialdemokrat der Preußischen Landesversammlung an und ab November 1920 bis 1933 auch dem Reichstag, zumeist als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 6 (Pommern).⁴⁵

Georg Schmidt

⁴²RGBl. 1908, S. 151.

⁴³Abgedruckt in: GGLF (Hg.), *Chronik*, S. 23.

⁴⁴DLV (Hg.), *Statut des Deutschen Landarbeiter-Verbandes*, Berlin 1913, S. 3, § 3.

⁴⁵Vgl. Zimmermann, *Biographisches Lexikon*, Artikel: „Georg Schmidt“.

Aufbau und Konsolidierung

In den folgenden Jahren brachte die Generalkommission beträchtliche Mittel auf, um die Agitation des DLV unter den Landarbeitern zu fördern. Der Schwerpunkt der Verbandsarbeit lag zunächst in Süd- und Mitteleuropa. Hier wurden drei sogenannte Gaue mit Sitz in München, Stuttgart und Magdeburg eingerichtet, die über jeweils einen fest besoldeten Gewerkschaftssekretär verfügten (sie hatten in den folgenden Jahren die aufreibende Aufgabe, Ortsvereine aufzubauen, für deren Leitung geeignete Vertrauensleute unter den Landarbeitern zu gewinnen und für die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort auszubilden). Die erste Generalversammlung des DLV fand zum Jahresende 1912 in Berlin statt – hinter verschlossenen Türen, lediglich Vertreter der sozialdemokratischen Presse waren zur Berichterstattung zugelassen. Das Protokoll verzeichnete die Delegierten bezeichnenderweise nicht namentlich, sondern führte lediglich ihre Herkunftsorte auf. Dies spiegelte die Aufmerksamkeit wider, die der DLV mittlerweile bei den (Polizei-)Behörden gefunden hatte. In öffentlichen Landarbeiterversammlungen fanden sich Gendarmen oder Gutsbeamte ein, die allein durch ihre Anwesenheit den Eintritt in die Organisation unterbanden. Die örtlichen Gastwirte wurden genötigt, ihre Wirtschaften dem DLV für Veranstaltungen nicht zur Verfügung zu stellen. Und Entlassungen von Landarbeitern wegen ihrer Mitgliedschaft im DLV waren an der Tagesordnung.⁴⁶

Trotz aller Behinderungen durch die Behörden und Schikanen der Arbeitgeber gelang es dem DLV, sich noch vor dem Ersten Weltkrieg organisatorisch zu konsolidieren. Auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress der Generalkommission im Jahr 1911 vertraten vier DLV-Delegierte die Interessen der Landarbeiter. Die Mitgliedszahlen stiegen von 4.961 zum Jahresende 1909 auf rund 20.000 am Vorabend des Krieges; 1912 existierten immerhin bereits 433 Ortsgruppen, die Zahl der Gaue erhöhte sich bis 1913 von drei auf neun (von denen sieben über einen hauptamtlichen Gauleiter verfügten). Dabei scheint der DLV die verschiedenen Landarbeitergruppen verhältnismäßig gleichmäßig organisiert zu haben: Zum Ende des dritten Quartals 1912 zählte der Verband unter damals 17.237 Mitgliedern 5.117 „Gutsarbeiter“, 6.392 „sonstige landwirtschaftliche Arbeiter“, 3.743 Wald- und 154 Weinbergarbeiter, 537 „Schweizer“, d. h. Melker, und 703 Beschäftigte in anderen Berufen, also etwa Drainagearbeiter, Gutshandwerker, Schäfer und andere. Unter den Mitgliedern fanden sich auch 668 Landarbeiterinnen.⁴⁷ Gemessen an der Gesamtzahl von rund sechs Millionen Landarbeitern und Landarbeiterinnen war der Mitgliederbestand zu diesem Zeitpunkt sicherlich noch nicht sonderlich eindrucksvoll. Stellt man jedoch in Rechnung, dass die Möglichkeit gewerkschaftlicher Interessenpolitik auf dem Land nur wenige Jahre zuvor als kaum realisierbare ferne Utopie erscheinen musste, bedeutete die Entwicklung einen Erfolg.

Schwerpunkte gewerkschaftli- cher Arbeit

Entsprechend den Vorstellungen Brauns und angesichts einer Rechtsprechung, die sich den Namen „Klassenjustiz“ gerade auf dem Land in den meisten Fällen redlich verdiente, nahm der Rechtsschutz in der frühen Gewerkschaftsarbeit des DLV breiten Raum ein. Die vom Hauptvorstand herausgegebenen „Ratschläge zur Organisation und Agitation“ betonten, dass die „Rechtlosigkeit, unter der der Landarbeiter heute zu leiden hat, [...] ein Gebiet [ist], wo ihm am leichtesten begreiflich gemacht

⁴⁶ Vgl. DLV (Hg.), *Protokoll der Verhandlungen der 1. Generalversammlung 1912. Abgehalten zu Berlin vom 27. bis 31. Dezember 1912*, Berlin 1913.

⁴⁷ Angaben nach ebd., S. 10.

werden kann, dass hier die Organisation vom großen Vorteil ist.“⁴⁸ 1912 „erledigte“ der als Verbandsyndikus beauftragte sozialdemokratische Berliner Rechtsanwalt Siegfried Rosenberg immerhin bereits 671 Fälle.

„Der Landarbeiter“

Das wichtigste Instrument zur Agitation und „Erziehung“ der Mitglieder war jedoch zweifellos die Verbandszeitung, „Der Landarbeiter“. Sie erschien monatlich, die örtlichen Vertrauensleute teilten sie an die einzelnen Mitglieder aus, wobei ihr eigenes Zuhause meistens zugleich als Treffpunkt und Zahlstelle diente. Dort, wo keine Ortsgruppen vorhanden waren, erfolgte die Zustellung per Post; der DLV wies auf die Zweckmäßigkeit von Deckadressen hin, um Repressionen der Arbeitgeber zu vermeiden. „Der Landarbeiter“ versuchte, die Mitglieder über ihre Rechte aufzuklären und ihnen die Ziele der Gewerkschaftsbewegung näherzubringen.

Bildungsarbeit

Hier schlug sich aber auch das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung als Bildungs- und Kulturbewegung nieder; die Mitglieder sollten aufgeklärt und zu einer rationalen Lebenspraxis angehalten werden, auch hinsichtlich der eigenen Lebensführung. So forderte die Verbandszeitung ihre männlichen Leser in „Zehn Ermahnungen“ eindringlich dazu auf, nicht ihren gesamten Barlohn in Schänken und Gaststätten zu tragen und so ihre Ehefrauen ins Unglück zu stürzen. Insbesondere der Genuss von Schnaps in großen Mengen sei nicht nur eines Gewerkschafters unwürdig, sondern obendrein gesundheitsschädlich. Auf keinen Fall dürfe Schnaps an Kinder ausgegeben werden, dies sei „Körperverschädigung“.⁴⁹ Wenig später widmete sich das Blatt ausführlich und illustriert durch mehrere Schaubilder der menschlichen Mundhygiene. Der Verfasser des Artikels empfahl die tägliche Zahnreinigung mithilfe einer Zahnbürste (diese wurden gerade erst industriell produziert und damit erschwinglich) und erläuterte deren Gebrauch.⁵⁰ Kurz zuvor hatte das Verbandsorgan seine Leser bereits eindringlich auf die Notwendigkeit regelmäßiger Körperpflege hingewiesen: Es genüge keineswegs, sich lediglich an den Feiertagen allein „die Füße und den Hals“ zu waschen. Nötig sei vielmehr ein Vollbad wenigstens einmal in der Woche, gerade auch bei den Landarbeiterfrauen, wobei mithilfe von Seife und Schwamm alle Körperteile einzubeziehen seien. Die genaue Vorgehensweise wurde eingehend dargestellt.⁵¹



Fotoarchiv im AdSD der FES

Zugleich dokumentierte der Verband die kläglichen Lebens- und bedrückenden Arbeitsverhältnisse der ländlichen Arbeitnehmer in einer Fülle von Untersuchungen. Gestützt auf solches Material, forderte Georg Schmidt den Reichstag in einer Eingabe zur sofortigen Abschaffung aller „Ausnahmegesetze“ gegen die Landarbeiter und zur sofortigen Einführung der Koalitionsfreiheit auf, die freilich abgelehnt wurde. Entgegen allen Erwartungen gelang es dem Verband zudem sehr schnell, erste „Lohnbewegungen“ durchzuführen, auch wenn sich diese zunächst auf einzelne Guts- und

⁴⁸DLV-Verbandsvorstand (Hg.), *Ratschläge zur Agitation und Organisation für den Deutschen Landarbeiter*, Berlin 1913, S. 8.

⁴⁹Kurt Binding, *Der Fortschritt in der Lebensführung*, in: *Der Landarbeiter*, 3. 1911, S. 123-24.

⁵⁰Ders., *Zahnpflege*, in: *Der Landarbeiter*, 1912, S. 38-39.

⁵¹Ders., *Die Gesundheitspflege der Frau, Teil II*, in: *Der Landarbeiter*, 1911, S. 90-91.

Bauernhöfe mit nur wenigen Arbeitern beschränkten. Meist stellten die Arbeiter von sich aus die Arbeit ein und wandten sich an den zuständigen Gauleiter, um die Verhandlungen mit dem jeweiligen Unternehmer zu führen. Darüber hinaus schulte der DLV seine Mitglieder und unterstützte sie dabei, neue Verträge mit den Arbeitgebern nur unter verbesserten Bedingungen abzuschließen. Auch mit einigen Forstverwaltungen konnten durch die Vermittlung des DLV verbesserte Tarife erzielt werden. Schließlich kam es im Frühsommer 1914 zum ersten erfolgreichen Streik pfälzischer Weinbergarbeiter, der mit nunmehr tarifvertraglich garantierten Lohnaufbesserungen endete.⁵²

Zu diesem Zeitpunkt musste sich der DLV jedoch bereits mit einer „christlich-nationalen“ Konkurrenzorganisation auseinandersetzen. Bis zu ihrem Verbot im Jahr 1933 prägte das Mit- und Gegen-einander der beiden Verbände die Geschichte der deutschen Landarbeiterbewegung.

Zentralverband der Landarbeiter

Schon 1902 hatte der Münchener Kongress des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften die Bildung eines eigenständigen Berufsverbandes der Landarbeiter gefordert. Am 12. Oktober

1912 beschloss die Generalversammlung des oben erwähnten Zentralverbands der Staats- und sonstigen Arbeiter seine vielfältigen Arbeitergruppen zweckmäßiger aufzuteilen. Daraufhin konstituierte im Würzburger Augustinerbräu am 2. Dezember 1912 eine Gründungsversammlung den „Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter“. Die neue Organisation bekannte sich zum Gewerkschaftsgedanken, zum Koalitions- und Streikrecht, wollte Letzteres aber auf eng begrenzte Notwehrsituationen beschränkt sehen. Im Gegensatz zum DLV betonte er die spezifischen Formen der ländlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Insbesondere in der Auszahlung eines Teils des Lohnes als Deputat sah er durchaus Vorteile für die Landarbeiter, da dies die Unabhängigkeit der Landarbeiterfamilien von den Preisschwankungen für Güter des täglichen Bedarfs garantierte. Den Vorsitz übernahm Franz Behrens, der zuvor Geschäftsführer des AdGV und dann Sekretär des Christlichen Bergarbeiterverbands gewesen war. Nach dem Krieg vereinfachte die Organisation ihren Namen in „Zentralverband der Landarbeiter“ (ZdL) und verlegte den Sitz von Bielefeld nach Berlin.⁵³



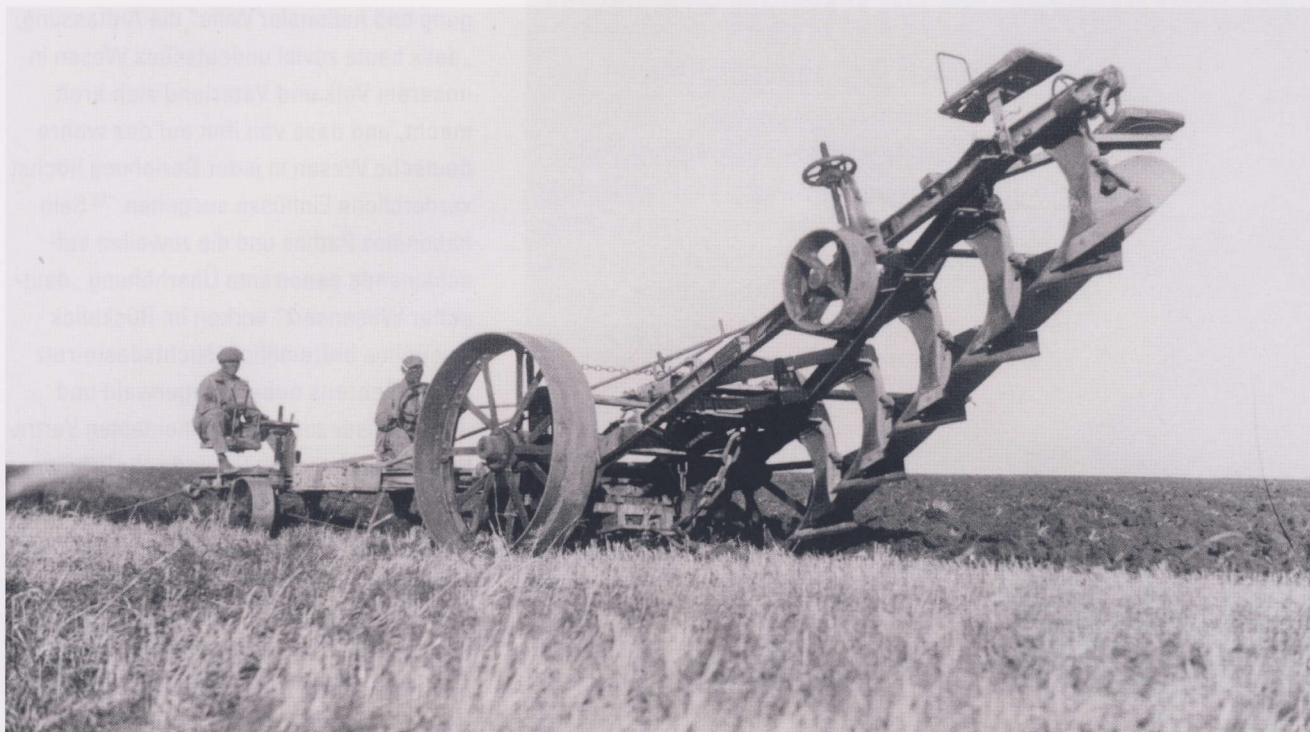
Fotoarchiv im AusD der FES

⁵²Vgl. DLV (Hg.), Protokoll 1912.

⁵³Barbara Wenzel, *Der Zentralverband der Landarbeiter als christlich-nationale Gewerkschaft*, Berlin 1923.

Franz Behrens

1872 in Möllenbeck in Mecklenburg-Strelitz geboren, absolvierte Behrens eine Ausbildung zum Gärtnergehilfen. Bis 1903 hatte er wie erwähnt die Geschäftsleitung des AdGV inne, wechselte daraufhin aber zu den Christlichen Gewerkschaften. Behrens gehörte zunächst der Christlich-



dpa

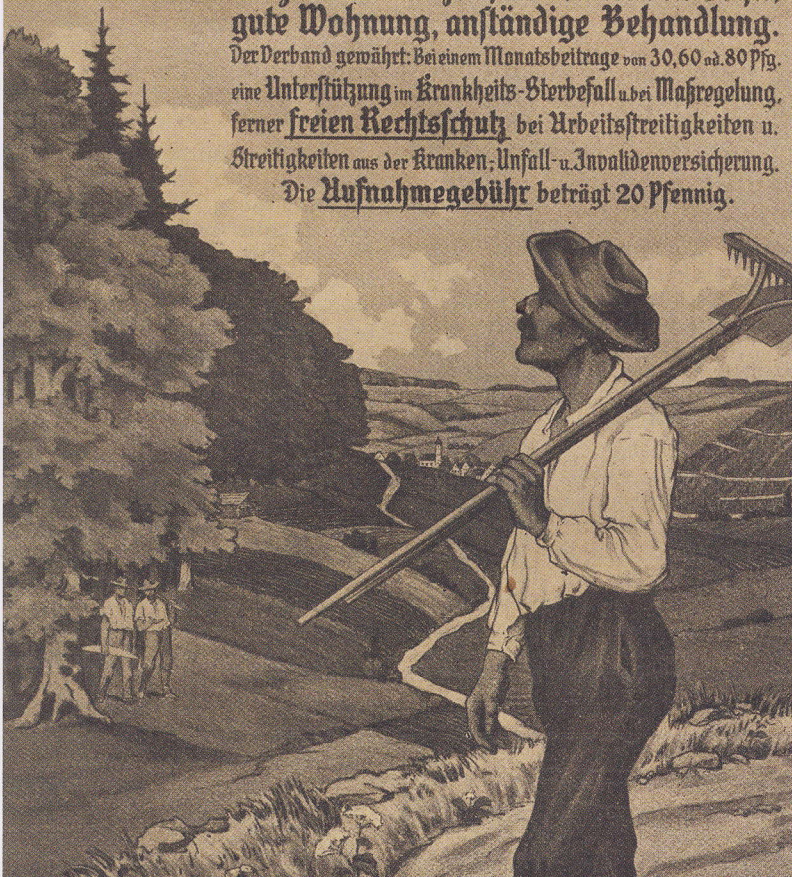
Sozialen Partei an, die er von 1907 bis 1918 für den Kreis Wetzlar im Reichstag vertrat. Zeitweise war er auch Vorstandsmitglied im 1910 gegründeten Verein für soziale Kolonisation Deutschlands, der Ödland durch Arbeitslose urbar machen lassen wollte und dem auch einige Sozialdemokraten angehörten. Zugleich war er Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und wirkte entscheidend daran mit, dass der erste evangelische Kirchentag in Bethel 1924 die soziale Frage in den Mittelpunkt seiner Verhandlungen stellte. Nach der November-Revolution zählte Behrens (zusammen mit anderen prominenten Vertretern des protestantischen Flügels der christlichen Gewerkschaften) zu den Gründern der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), deren Vorstand er bis 1929 angehören sollte und die er in der Weimarer Nationalversammlung sowie im Reichstag vertrat. Neben anderen christlichen Gewerkschaftern repräsentierte er den sozial-konservativen Flügel in dieser monarchistischen und letztendlich antidemokratischen Partei. 1929 verließ der „christlich-nationale“ Arbeitnehmerflügel nahezu geschlossen die DNVP, auch Behrens. Er schloss sich nun dem kleinen „Christlich-sozialen Volksdienst“ an, für den er 1930 noch einmal in den Reichstag einzog; die Vertretung von Arbeiterinteressen innerhalb der DNVP erschien unter dem neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg selbst den eingefleischten „nationalen Männern“ der Christlichen Gewerkschaftsbewegung unmöglich.⁵⁴

⁵⁴Vgl. Artikel: Franz Behrens, in: Martin Schumacher, M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1994, S. 28-29.

**Verband der Land-, Wald- u. Weinberg-
Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**

Sitz: Berlin S.O. 16. Michaelkirchplatz 1, II.

Der Verband erstrebt:
**Kürzere Arbeitszeit, ausreichenden Lohn,
 gute Wohnung, anständige Behandlung.**
 Der Verband gewährt: Bei einem Monatsbeitrage von 30, 60 od. 80 Pfg.
 eine Unterstützung im Krankheits- Sterbefall u. bei Maßregelung,
 ferner **freien Rechtsschutz** bei Arbeitsstreitigkeiten u.
 Streitigkeiten aus der Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherung.
 Die **Aufnahmegebühr** beträgt 20 Pfennig.



Verbandsorgan: Der Landarbeiter für Mitglieder kostenlos!

AdSD der FES

Entwicklung des ZdL

Vor dem Ersten Weltkrieg gelang es dem ZdL nur sehr langsam, unter den Land- und Forstarbeitern Fuß zu fassen. Sein Tätigkeitsgebiet umfasste bis 1914 fast ausschließlich Süddeutschland und er konnte nicht viel mehr als 3.500 Mitglieder in 143 Ortsvereinen organisieren. Ähnlich wie der DLV konzentrierte er seine Arbeit zunächst auf die Einrichtung von Unterstützungskassen, insbesondere auf den Rechtsschutz. Zudem gelang es ihm, einige Tarifverträge abzuschließen, die zu Beginn des

Die parteipolitische Biografie Behrens kann aus heutiger Sicht sicherlich keine allzu großen Sympathien auslösen. 1924 vertrat er in seiner Schrift „Gewerkschaftsbewegung und nationaler Wille“ die Auffassung, „dass heute zuviel undeutsches Wesen in unserem Volk und Vaterland sich breit macht, und dass von ihm auf das wahre deutsche Wesen in jeder Beziehung höchst verderbliche Einflüsse ausgehen.“⁵⁵ Sein nationales Pathos und die zuweilen aufscheinende penetrante Überhöhung „deutscher Wesensart“ wirken im Rückblick zweifellos befremdlich. Nichtsdestotrotz zählte Behrens neben Stegerwald und Jakob Kaiser zu den prominentesten Vertretern der christlichen Gewerkschaftsbewegung; die Gründung des ZdL ging zu einem großen Teil auf seine Initiative zurück, hier blieb er jahrzehntelang die maßgebliche Integrationsfigur.

Er führte den Christlichen Landarbeiterverband von seiner Gründung bis zur Auflösung im Juli 1933. Von 1906 bis 1933 amtierte er zudem als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, in dem der Protestant die evangelische Mitgliedschaft repräsentierte. Er und Georg Schmidt waren bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten über Jahrzehnte die in der Öffentlichkeit mit Abstand profiliertesten Vertreter der deutschen Landarbeiterschaft.

⁵⁵Franz Behrens, *Gewerkschaftsbewegung und nationaler Wille*, Berlin 1924.

Krieges aber erst für rund 500 Landarbeiter galten. Immerhin aber verfügte er mit der Monatszeitung „Die Rundschau“ seit dem Jahresbeginn 1913 ebenfalls über ein nach den Maßstäben der Zeit durchaus modernes Gewerkschaftsblatt und einen kleinen Apparat fest angestellter Gewerkschaftssekretäre. Trotz der Betonung des „nationalen Gedankens“ und einiger anderer ideologischer Affinitäten zum Gedankengut der herrschenden Agrarlobby lehnten die im BdL und den Landwirtschaftskammern zusammengeschlossenen Arbeitgeber jede Zusammenarbeit mit dem ZdL von Anfang an ab.

DLV und ZdL

Das Verhältnis zwischen freien und christlichen Gewerkschaften war zunächst sehr angespannt und zuweilen sogar feindselig. Während man sich im Lager der Letzteren stets in der Ablehnung der „gottlosen“ Sozialdemokratie einig war, sahen die freien Gewerkschaftler in der christlichen Konkurrenz „Spalter“ und „schwarze Nachtulen“ am Werk, die im Auftrag des (katholischen) Klerus bewusst die Einheit der Arbeiterbewegung zu hintertreiben suchten. Nicht viel anders gestalteten sich zunächst auch die Beziehungen zwischen DLV und ZdL. In den jeweiligen Verbandsorganen wurden die vermeintlichen oder wirklichen Fehlleistungen des Gegners Ausgabe um Ausgabe mit pedantischer Akribie aufgelistet. Die Vorwürfe reichten von „Denunziantentum“ und der Angabe überhöhter Mitgliederzahlen bis hin zur Unterschlagung von Mitgliedsbeiträgen.

Während des Krieges sollten solche weltanschaulich motivierten Gegensätze dann allerdings an Bedeutung verlieren. Unter dem Druck des Obrigkeitsstaates hatten sich die Konzepte beider Richtungen in der praktischen Arbeit ohnehin schon zuvor weitgehend angenähert.